

GRUSSWORT

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

Ich hoffe, Sie haben die fünfte Jahreszeit und damit die närrischen Tage gut überstanden. Viele von uns werden in der Zeit von Aschermittwoch bis Ostern fasten und ganz bewusst auf bestimmte Lebensmittel oder andere Dinge und Gewohnheiten verzichten und so Körper und Seele gleichermaßen etwas Gutes tun.

Politisch beschäftigt uns u. a. ganz aktuell in diesen Tagen vor allem das weitere Vorgehen bzgl. der umstrittenen Atommeiler Tihange 2 und Doel 3. Nach etlichen Störfällen in den vergangenen Wochen sind beide Behälter wieder am Netz.

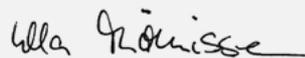
Seitens der Städteregion wird Klage gegen diesen Weiterbetrieb erhoben. Die Sorge vor einem atomaren Unfall treibt die Bürgerinnen und Bürger weit über die Grenzen unserer Region hinaus um. Das wirtschaftliche Interesse der Verantwortlichen hat aber offensichtlich oberste Priorität und die Sorgen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger werden mehr oder

weniger konsequent ignoriert.

Wir setzen uns über den Klageweg hinaus gemeinsam mit den politischen Freunden in Belgien dafür ein, dass wenigstens die Forderungen, die nächsten Materialproben möglichst zeitnah und nicht erst in drei Jahren vorzunehmen, auch wirklich in die Tat umgesetzt werden.

Am 13. März stehen Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinlandpfalz an und wir drücken den CDU-Kollegen vor Ort die Daumen, dass sie erfolgreich sein werden.

Bereits jetzt wünsche ich Ihnen nach der Fastenzeit ein frohes Osterfest und verbleibe mit herzlichen Grüßen



Ihre Ulla Thönnissen MdL



THEMEN

LAND

» Der sinkende Stern der NRW-Landesmutter

BUND

» Europäische Berufs-
anerkennungsrichtlinie

EUROPA

» Offene Grenzen in der EU -
können und wollen wir darauf
verzichten?

LAND

Der sinkende Stern der NRW-Landesmutter

Die einst so nahbare „Landesmutter“, wie Hannelore Kraft (SPD) oftmals bezeichnet wurde, wird mehr und mehr unnahbar. Von ihrer Paraderolle als „Kümmerin“ ist aktuell nicht mehr viel übrig. Das merken auch viele Bürgerinnen und Bürger. Wo war Frau Kraft nach den schrecklichen Taten der Kölner Silvesternacht? Erst nach einer Woche hielt es die Ministerpräsidentin für nötig, vor die Kameras zu treten, wobei es bis heute noch nicht eine offizielle Pressekonferenz in diesem Jahr von ihr gab.

Schleichende Deindustrialisierung

Überhaupt erweckt sie den Eindruck, die politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen nicht ernst zu nehmen. Statt das Land in die Zukunft zu führen, wurde ihr schon mehrfach eine schleichende Deindustrialisierung attestiert. Und das zu Recht: Steigende Schulden, eine schlechte Wirtschaftslage, eine Arbeitslosigkeit, die wesentlich höher ist, als in allen anderen westlichen Flächenländern sowie marode Brücken und Straßen sind nur ein paar der Beispiele, die deutlich zeigen, dass Hannelore Kraft das Land konstant in die Krise statt aus der Krise führt.

Auch auf dem Sektor der Bildungspolitik zeigt die „Landesmutter“, dass sie die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen komplett ignoriert. Das unterstreicht vor allem die Tatsache, dass NRWs Schüler im bundesweiten Vergleich unterdurchschnittlich schlecht abschnitten. Wir erinnern uns doch alle noch an ihren Wahlkampfslogan: „Kein Kind zurücklassen“. Zudem haben mittlerweile 52

Städte und Gemeinden Klage eingereicht, weil sie die vom Land zur Verfügung gestellten Mittel zurecht für unzureichend halten. Doch auch hier wartet man vergeblich auf eine Reaktion von Frau Kraft. Dabei ist man das Aussitzen bestimmter Situationen von ihr schon lange gewöhnt. Bereits 2015, als ein Unwetter in Münster für großen Schaden sorgte, ging sie in Deckung und entsprach nicht dem von ihr so gerne zur Schau gestellten Bild der alle umsorgenden Landesmutter.

Eindruck von Nähe und Transparenz

Stattdessen ist Frau Kraft seit neuestem dem Fanclub des „Selfiepostens“ beigetreten. Statt handfester und erfolgreicher Landespolitik postet Frau Kraft auf ihrem Youtube-Kanal ihre persönlichen Befindlichkeiten, um so den Eindruck von Nähe und Transparenz zu erwecken. Wenn wir auch auf wichtige Fragen, wie die der zukünftigen Schul- und Wissenschaftspolitik keine substantielle Antworten erhalten, so haben wir doch morgendlich die Gewissheit, ob Frau Kraft ihr Frühstück gemundet hat.

Für die Bürgerinnen und Bürger stehen aber ganz andere Interessen im Vordergrund. Sie hätten ein Recht darauf zu erfahren, wie in NRW z. B. die innere Sicherheit gewährleistet wird, ob und wann endlich neue Stellen bei der Polizei eingerichtet werden u. v. m. Die CDU wird nicht aufhören, den Finger in die Wunde(n) zu legen.

(Ulla Thönnissen MdL)

Europäische Berufsanerkennungsrichtlinie

Wichtige Schritte für die Euregio

Am 17. Januar 2014 trat die Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Anerkennung von Berufsqualifikationen in der Europäischen Union in Kraft. Der Bundestag hat dazu das Gesetz zur Umsetzung der Änderung der Europäischen Berufsanerkennungsrichtlinie verabschiedet. Der Bundesrat hat am 18. Dezember 2015 zugestimmt.

In erster Linie ist es das Ziel des Gesetzes, den Berufszugang europaweit zu vereinfachen und zu beschleunigen. Dies ist besonders für die Menschen in unserer Region im Dreiländereck Deutschland, Niederlande und Belgien von großer Bedeutung, die täglich als „Grenzgänger“ ihrer Arbeit in einem Nachbarland nachgehen. Gleichwohl bedarf es Mindestanforderungen und Standards an die Ausbildung, speziell in den Heilberufen, die nicht aufgegeben werden dürfen und den geltenden Standards in Deutschland angepasst werden müssen. Patientinnen und Patienten sollen sich darauf verlassen können, dass sie eine medizinische Behandlung oder Beratung auf Niveau erhalten. Wichtig ist, dass sich daran auch zukünftig nichts ändert.

Mittels des „partiellen Berufszugangs“ soll Antragsstellern für ausgewählte Berufsgruppen, die in ihrem Herkunftsmitgliedstaat für die entsprechende berufliche Tätigkeit ohne Einschränkung qualifiziert sind, deren Ausbildung jedoch nur einen Teil des Berufsbildes in Deutschland ausmacht, den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt partiell erlaubt werden. Dafür müssen die Antragsteller Ausgleichsmaßnahmen vom Umfang des vollständigen Ausbildungsprogramms in Deutschland absolvieren. Das Gesetz bietet beispielsweise für die psychologischen Psychotherapeuten und psychologischen Kinder und Jugendlichenpsychotherapeuten und für Medizinisch-technische Assistenten (MTA) und ähnliche Berufe die Möglichkeit eines partiellen Berufszugangs.

Dieser partielle Berufszugang ist jedoch nicht für alle Berufe geeignet. Für Apotheker, Ärzte, Zahnärzte, Hebammen und Gesundheits- und Krankenpfleger ist ein partieller Berufszugang aufgrund

des Prinzips der automatischen Anerkennung auf Grundlage koordinierter Mindestausbildungsanforderungen ausgeschlossen – das war 2011 eine Forderung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Rahmen der Debatte.

„Europäischer Berufsausweis“

Darüber hinaus führt das Gesetz den „Europäischen Berufsausweis“ ein, der für die Berufsgruppen der Apotheker, Gesundheits- und Krankenpfleger sowie Physiotherapeuten bereits in diesem Jahr von der EU-Kommission beschlossen wurde. Für Ärzte, spezialisierte Krankenpfleger und spezialisierte Apotheker wird die Einführung derzeit geprüft und soll in einer nächsten Phase umgesetzt werden. Der Ausweis wird Berufsangehörigen ausgestellt, die in einem Mitgliedsstaat rechtmäßig in einem der genannten Fachbereiche zugelassen sind. Die antragstellende Person hat künftig die Wahl zwischen dem neuen elektronischen Verfahren zur Anerkennung ihrer Berufsqualifikation und dem herkömmlichen Anerkennungsverfahren. Das Ziel ist es, Bürokratie abzubauen und zeitgleich Transparenz sowie einheitliche Bedingungen für eine Zulassung zu schaffen.

Zudem sollen Mitgliedsstaaten durch das Binnenmarkt-Informationssystem „IMI“, einem Vorwarnmechanismus, über Verstöße informiert werden, die zu einem teilweisen oder vollständigen Berufsausübungsverbot geführt haben. Die zuständigen Behörden der Mitgliedsstaaten müssen hierbei alle anderen Mitgliedsstaaten über Berufsangehörige unterrichten- Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Hebammen, Gesundheits- und Krankenpfleger sowie sonstige Berufsangehörige, die Tätigkeiten mit Auswirkungen auf die Patientensicherheit ausüben- wenn ein Verstoß vorliegt. Ich begrüße diesen Schritt ausdrücklich, denn für Personen, die auf Kosten von Patienten und gesamter Berufsgruppen bewusst täuschen oder aus gewichtigen Gründen nach einer gerichtlichen Entscheidung ihre Tätigkeit gar nicht mehr oder nur partiell ausüben dürfen, darf es in Deutschland keinen Berufszugang geben, als ob nichts passiert wäre. *(Rudolf Henke MdB)*

Narrenzeit im Landtag und im Aachener Stadtrat



» Aachen-West

17.03. | 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Ratsfrau Claudia Plum, Begegnungszentrum Hanbruch

» Brand

09.03. | 15:00 Uhr

Arbeitskreis Senioren „Bericht aus Berlin“ mit Rudolf Henke, KAB Begegnungshaus, Hochstraße 9

16.03. | 17:30 - 19:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Bezirksbürgermeister Peter Tillmanns, Bezirksamt, Paul-Küpper-Platz 1

» Eilendorf

11.03. | 19:30 Uhr

Vorstandssitzung, Veranstaltungsort bitte bei Hildegard Pitz erfragen (Hildegard_Pitz@web.de)

26.03. | ab 10:00 Uhr

Osteraktion auf dem REWE-Parkplatz

12.06. - 19.06.

Sommerfahrt der CDU Eilendorf in die Holsteinische Schweiz, Auskunft bei Hildegard Pitz (s.o.)

» Forst

29.03. | 19:30 Uhr

Offene Vorstandssitzung und Bürgersprechstunde, Restaurant „Haus Kattwinkel“, Zehnthofweg 29

» Hangeweiher

10.03. | 19:00 Uhr

Offene Vorstandssitzung, „Ronheider Stuben“, Ronheider Berg 221

» Kornelimünster

16.03. | 16:00 - 17:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Bezirksbürgermeister Jakob von Thenen, Bezirksamt Kornelimünster, Schulberg

» Laurensberg

01.03. | ab 20:00 Uhr

Laurensberger Runde in der Gaststätte „Zur Post“, Rathausstraße

07.03. | 17:30 Uhr

Bürgersprechstunde mit Ratsherr Alexander Gilson, Bezirksamt Laurensberg

» Markt

10.03. | 19:00 Uhr

Offene Vorstandssitzung, „Zum goldenen Einhorn“, Markt 33

» Richterich-Horbach

02.03. | 16:00 - 17:00 Uhr

Bürgersprechstunde, Bezirksamt Richterich

09.03. | 18:00 Uhr

Offene Vorstandssitzung, Schloss Schönau

» Stadtgarten

03.03. | 18:30 Uhr

Bürgersprechstunde mit BM Dr. Margrethe Schmeer, Städteregionstagsmitglied Jutta Lehen und Andrea Derichs (BV Aachen Mitte), Restaurant „Soers“, Krefelder Str. 86

» Vaalserquartier

Nach Terminvereinbarung

Sprechstunde mit Ratsherrn Christian Krenkel und Städteregionstagsmitglied Sebastian Exner.

Telefonisch erreichbar:

“Bürgertelefon - der heiße Draht zur CDU Vaalserquartier“, Tel: 0241 89439792

» Junge Union

10.03. | 19:00 Uhr

Offene Vorstandssitzung und ab 20:00 Uhr Stammtisch in der Gaststätte „Papillon“, Pontstraße 151

» CDA

08.03. | 19:00 Uhr

Offene Vorstandssitzung im Restaurant „Haus Kattwinkel“, Zehnthofweg 29

» Kreispartei

04.03. | 18:00 Uhr

Kreisvorstand, Karl-Arnold-Haus, Martinstr. 8

Angabe von Terminen bis zum 14.03.2016 per E-Mail an redaktion@cdu-aachen.de

Offene Grenzen in der EU - können und wollen wir darauf verzichten?

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Flüchtlingskrise löst derzeit heftige Diskussionen über die dauerhafte Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengen-Raum aus. Der pass- und kontrollfreie Schengen-Raum scheint dabei zunehmend infrage gestellt zu werden. Im Mai läuft die Frist für die Grenzkontrollen ab, die Deutschland vorübergehend an der österreichischen Grenze und andere EU-Länder an ihren Grenzen eingeführt haben. Eine Verlängerung der Grenzkontrollen um bis zu zwei Jahre ist nur unter außergewöhnlichen Umständen möglich.

Diese sind gegeben, wenn das Funktionieren des Schengen-Raums ohne Kontrollen an den Binnengrenzen insgesamt gefährdet ist. Es stimmt, dass Griechenland hier eine große Schwachstelle darstellt. Das Land ist für viele Flüchtlinge, die über die Türkei kommen, das unkontrollierte Tor zur Europäischen Union. Griechenland kommt dabei seinen Verpflichtungen nicht nach, die EU- Außengrenzen zu schützen. Die gravierenden Mängel in Griechenland bestätigte auch eine Untersuchung der Europäischen Kommission. Sie forderte den EU-Mitgliedstaat daher auf, binnen drei Monaten, die Mängel an den Außengrenzen zu beseitigen. Kommt Griechenland dieser Verpflichtung jedoch nicht nach, könnte es im Schengen-Raum zu weiteren Kontrollen an den Binnengrenzen von bis zu zwei Jahren kommen.

Das Versagen der griechischen Behörden beim Grenzschutz ist in meinen Augen unverantwortlich gegenüber den anderen Ländern im Schengen-Raum. Es kann nicht sein, dass es in Griechenland kaum jemanden gibt, der weiß, wie die technischen Geräte zur Erfassung von Fingerabdrücken zu bedienen sind oder dass Ausweispapiere nicht auf ihre Echtheit kontrolliert werden. Eine Schließung der Binnengrenzen sehe ich dennoch nicht als richtiges Mittel an, um die Flüchtlingsherausforderung in den Griff zu bekommen. Ich halte es vielmehr für unabdingbar, unsere EU-Außengrenzen effektiv zu schützen. Dafür müssen wir weiter daran arbeiten, die europäische Grenzschutzagentur Frontex zu stärken.

Zudem ist eine stärkere Zusammenarbeit mit der Türkei elementar, um den Zustrom an Flüchtlingen in die EU zu reduzieren und Griechenland an der EU-Außengrenze zu entlasten. Hier denke ich vor allem an eine konsequente Rückführung von Flüchtlingen sowie finanzielle Unterstützung, um dem Mangel an Unterkünften, Trinkwasser und sanitärer Einrichtungen für Flüchtlinge entgegenzuwirken. Wir müssen auch dafür sorgen, dass der Weg der Flüchtlinge über die Türkei nicht illegal verläuft, sondern kontrolliert und legal. Schmuggler und Schlepper müssen mit aller Macht bekämpft werden. Die erst kürzlich beschlossene Beteili-

gung der NATO am Kampf gegen Schlepperbanden im Ägäischen Meer ist dabei ein entscheidender Schritt.

Eine Beschädigung oder gar ein Scheitern des Schengen-Systems wäre ein enormer Rückschlag für unsere Europäische Gemeinschaft. Seit mehr als 20 Jahren haben wir in der EU erfolgreich Barrieren abgebaut. Offene Grenzen und die Personenfreizügigkeit zählen zu den größten Errungenschaften der Europäischen Gemeinschaft und sind entscheidende Pfeiler der europäischen Integration. Dass wir uns frei und ohne Kontrollen innerhalb der EU bewegen können, ist doch vor allem für uns in der Grenzregion eine unheimliche Erleichterung. Wir alle spüren die Vorteile eines geeinten Europas in unserem alltäglichen Leben.

Auch aus wirtschaftlicher Sicht sind offene Grenzen für Deutschland unverzichtbar, da wir vor allem mit den anderen EU-Mitgliedstaaten Handel betreiben. Im Fall von Grenzschießungen würden für Lagerung und Fahrzeitverlängerungen zusätzliche Kosten von mehreren Milliarden Euro auf deutsche Unternehmen zukommen. Kaum vorstellbar, dass lange Warteschlangen von LKWs und Autos an den Grenzen wieder zum alltäglichen Bild gehören würden. Der Schengen-Raum ist für ein reibungsloses Funktionieren des EU-Binnenmarktes unverzichtbar. Wir dürfen daher nicht zulassen, dass die Flüchtlingskrise das Schengen-System dauerhaft in Frage stellt.

Griechenland muss nun endlich mehr für die Sicherung der EU-Außengrenzen unternehmen und sich an europäische Standards halten. Im Land sind erhebliche Verbesserungen notwendig, damit die ordnungsgemäße Aufnahme, Registrierung, Umverteilung und auch Rückführung von Flüchtlingen sichergestellt werden und Schengen wieder funktionieren kann. Ich schließe mich hier der deutlichen Botschaft des Vorsitzenden der EVP, Joseph Daul, an: Länder, die ihre Pflichten nicht erfüllen, sollten vorübergehend aus dem Schengen-Raum ausgeschlossen werden. Ist Griechenland also kurzfristig nicht in der Lage, Veränderungen vorzunehmen, wird auch hier die Frage im Raum stehen, ob es zu einem temporären Ausstieg Griechenlands aus dem Schengen-Raum kommt.

Die Flüchtlingskrise können wir nur bewältigen, wenn jeder EU-Mitgliedstaat seine Verpflichtungen erfüllt und wir zusammen mit aller Kraft an einer europäischen Lösung arbeiten.

**Ihre Europaabgeordnete
Sabine Verheyen**



IMPRESSUM

CDU **Kompakt**
AACHEN

CDU-Kompakt ist die parteiinterne Mitgliederinformation des CDU Kreisverbandes Aachen

Anschrift: Martinstraße 8
52062 Aachen

Telefon: 0241 / 470 7110

Fax: 0241 / 470 7115

E-Mail: redaktion@cdu-aachen.de

Internet: www.cdu-aachen.de

Layout: Stefan Dussin

V. i. S. d. P.: Ulla Thönnissen MdL

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Die Bankverbindung der CDU Aachen:

Sparkasse Aachen

IBAN: DE21 3905 0000 0000 1241 72

BIC: AACSD33XXX